



## Antrag auf Gewährung einer Beihilfe

zur Ernteversicherung gegen Ausfälle aufgrund von Frost, Hagel, Eis, Regen, Dürre oder anderen widrigen Witterungsverhältnissen auf Rebflächen nach Art. 49 der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 des Europäischen Parlamentes und des Rates vom 17. Dezember 2013 in der jeweils gültigen Fassung

Empfänger (zuständige Behörde)

Amt für Landwirtschaft, Flurneuordnung  
und Forsten Süd  
Müllnerstr. 59  
06667 Weißenfels

Posteingangsstempel

Anzahl Anlagen

Eingang im PEB registriert

Zutreffendes bitte  ankreuzen oder ausfüllen!

### 1. Antragsteller/in

EU-Betriebsnummer (BNRZD, 12stellig)

Name, Vorname

Betriebsbezeichnung

Anschrift

#### Antragstellerstammdaten

Der Stammdatenbogen ist nur einmal im Jahr mit dem ersten Antrag für Fördermaßnahmen des EGFL oder ELER einzureichen.

Der aktuell gültige Stammdatenbogen ist beigelegt.

Ich/wir haben den aktuell gültigen Stammdatenbogen bereits

mit

bei

eingereicht.

### 2. Antrag auf Beihilfe

Ich/wir beantrage/n eine Förderung für eine Ernteversicherung gegen Ausfälle aufgrund von Frost, Hagel, Eis, Regen, Dürre oder anderen widrigen Witterungsverhältnissen auf Rebflächen.

Dieser Antrag betrifft

- die erstmalige Antragstellung für eine Ernteversicherung
- die erneute Förderung einer bestehenden Ernteversicherung
- die Änderung eines bislang nicht bewilligten Antrages
- die Änderung eines durch Beihilfebescheid bewilligten Antrages

### 3. Angaben zur Versicherung

#### 3.1 Die Versicherung umfasst folgende Witterungsbedingungen

Frost       Hagel       Eis       Regen       Dürre

Sonstiges

#### 3.2 Laufzeit des Versicherungsvertrags/der Versicherungsverträge

Beginn (Monat/Jahr)	Ende (Monat/Jahr)

#### 3.3 Umfang der versicherten Fläche in m<sup>2</sup>

Vorjahr	laufendes Jahr
m <sup>2</sup>	m <sup>2</sup>

#### 3.4 Höhe des Versicherungswertes

Vorjahr	laufendes Jahr
Euro	Euro

#### 3.5 Höhe der Versicherungsprämien

Vorjahr	laufendes Jahr
monatlich      Euro	monatlich      Euro
jährlich      Euro	jährlich      Euro

#### 3.6 Für die Ernteversicherung wird/wurde andere öffentliche Förderung beantragt/gewährt

nein       ja, beantragt

ja, erhalten

Bewilligungsbehörde/ Aktenzeichen	andere öffentliche Förderung		
	beantragte Förderung, aber nicht entschieden	bewilligte Förderung	ausgezahlte Förderung
Bewilligungsbehörde	Datum	Datum	Datum
Aktenzeichen	Euro	Euro	Euro
Bewilligungsbehörde	Datum	Datum	Datum
Aktenzeichen	Euro	Euro	Euro

#### 4. Höhe der beantragten Beihilfe

Versicherungsprämie	Beantragte Beihilfe (max. 50 v.H. der Prämie)
Euro	Euro

#### 5. Anlagen

Diesem Antrag sind folgende Anlagen (sofern zutreffend) beigelegt:

- Stammdatenbogen mit Anlagen
- Versicherungsvertrag/Versicherungsantrag
- Versicherungsschein
- Aktuelle Jahresprämienrechnung zum Versicherungsvertrag
- Anlage Flächenübersicht
- Auszug Weinbaukartei

#### 6. Erklärungen

- Ich/Wir habe/n die nachfolgenden Erklärungen wahrheitsgemäß abgegeben und bestätige/n die Kenntnisnahme der unten genannten Hinweise.

##### 6.1 Erklärungen in Bezug auf den Antragsteller

Ich /Wir erklären, dass

- die ordnungsgemäße Geschäftsführung gesichert ist,
- über mein/unser Vermögen/Unternehmen zum Zeitpunkt der Antragstellung kein Gesamtvollstreckungs-/Insolvenzverfahren eröffnet ist oder durch mich/uns beantragt wurde,
- (nur bei Antragstellern ohne eigene Rechtspersönlichkeit:)

Ich erkläre, dass folgende Person/en dem Land verbindlich für die sachgerechte Verwendung der Beihilfe haften:

Name, Vorname	
Straße, Hausnummer	
PLZ	Wohnort

  

Name, Vorname	
Straße, Hausnummer	
PLZ	Wohnort

## **6.2 Erklärungen in Bezug auf den Antrag**

Mir/Uns ist bekannt, dass

- der Stammdatenbogen für Beihilfen und Fördermaßnahmen, die aus dem EGFL/ELER finanziert werden, einschließlich seiner erforderlichen Anlagen unverzichtbarer Bestandteil des Beihilfeantrags ist und Änderungen des Stammdatenbogens und des Beihilfeantrags unverzüglich bei der zuständigen Behörde anzuzeigen sind,
- die Bewilligungsbehörde jederzeit weitere Unterlagen anfordern kann,
- alle Angaben im Antrag nachweisbar sein müssen.

## **6.3 Erklärungen in Bezug auf das Vorhaben**

- Ich/wir nehmen zur Kenntnis, dass kein Rechtsanspruch auf Förderung besteht und auch durch diese Antragstellung nicht begründet wird.
- Der Versicherungsvertrag verpflichtet mich/uns, die zur Risikoverhütung erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen.
- Die für die Ernteversicherung vorgesehenen Rebflächen sind in der beigefügten Flächenübersicht verzeichnet.

## **6.4 Allgemeine Erklärungen**

Ich/Wir erkläre/n dass,

- die in diesem Antrag, den dazugehörigen unverzichtbaren und anderen Bestandteilen sowie den beigefügten Anlagen gemachten Angaben vollständig und richtig sind.
- ich/wir die für die Beihilfezahlung geltenden Rechtsgrundlagen (EU-Verordnungen, Rechtsvorschriften des Bundes und des Landes) und die nachstehenden Bestimmungen zur Kenntnis genommen habe/n. Mir/uns ist bekannt, dass die Rechtsvorschriften bei der zuständigen Behörde einzusehen sind.
- mir/uns bekannt ist, dass dem Auszahlungsantrag Zahlungsbelege im Original beizufügen und gegebenenfalls erhaltene Rückerstattungen mitzuteilen und anzurechnen sind.
- mir/uns bekannt ist, dass alle im Antrag und den beigefügten Unterlagen enthaltenen Angaben subventionserhebliche Tatsachen im Sinne des § 264 des Strafgesetzbuches in Verbindung mit § 2 des Gesetzes gegen missbräuchliche Inanspruchnahme von Subventionen ( Subventionengesetz ) vom 29. Juli 1976 (BGBl. I S. 2037) sind.
- Mir/uns ist bekannt, dass
  - ich nach § 3 Abs. 1 des Subventionengesetzes verpflichtet bin, der zuständigen Behörde unverzüglich alle Tatsachen mitzuteilen, die der Bewilligung der Weiterführung, der Inanspruchnahme oder dem Belassen der Beihilfezahlung entgegenstehen oder für die Rückforderung der Leistungen erheblich sind,
  - falsche, unvollständige und unterlassene Angaben zur Strafverfolgung führen und mir/uns auch Kosten für Kontrollmaßnahmen auferlegt werden können,

- die Beihilfezahlung bei falschen, unvollständigen oder unterlassenen Angaben oder bei Nichterfüllung oder nicht rechtzeitiger Erfüllung oder Einhaltung der Bedingungen und Auflagen bzw. der übernommenen Verpflichtungen zurückgefordert und sanktioniert werden können,
- die zuständige Behörde verpflichtet ist, Tatsachen, die den Verdacht eines Subventionsbetruges begründen, der Strafverfolgungsbehörde mitzuteilen,
- der Antrag im Falle fehlender oder nicht fristgemäß nachgereichter Unterlagen abgelehnt oder sanktioniert werden kann, von der zuständigen Behörde alle Unterlagen (auch rückwirkend), die zur Beurteilung der Antragsberechtigung, der Antragsvoraussetzungen sowie zur Festsetzung der Höhe der Beihilfezahlungen erforderlich sind, angefordert werden können.
- Mir/uns ist bekannt, dass die zuständige Behörde entsprechend der Beihilfavorschriften Auflagen auch nachträglich erteilen kann.
- Mir/uns ist bekannt, dass die zuständigen Behörden von Land, Bund und der Europäischen Union sowie die entsprechenden Rechnungshöfe das Recht haben, das Vorliegen der Voraussetzungen für die Gewährung von Beihilfezahlungen durch Kontrollmaßnahmen zu prüfen oder durch Beauftragte prüfen zu lassen und Auskünfte über die tatsächlichen und rechtlichen Verhältnisse einzuholen.
- Ich/wir bestätigen, dass die von mir/uns gemachten Angaben richtig und vollständig sind.

Name in Druckschrift

Ort, Datum

Unterschrift der/s Antragsteller/s/Vertretungsberechtigten